

**Regierungserklärung des
Niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff
zum Konjunkturpaket II
am 14. Januar 2009**

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Anrede,

zu Beginn des Jahres 2009 können wir in Niedersachsen auf ein erfolgreiches Jahr 2008 zurückblicken. Trotz Krise an den Finanzmärkten und dunklen Wolken am Konjunkturland: 2008 war ein gutes Jahr. Das lässt sich an vielen Zahlen belegen. Drei Beispiele:

- Wir haben in Niedersachsen die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 16 Jahren. Wir haben uns seit 2003 im Ländervergleich von Platz 9 auf Platz 6 vorgekämpft.
- Jeden Arbeitstag sind im vergangenen Jahr 200 Jobs entstanden. In Niedersachsen waren Ende Oktober 2008 rund 2,5 Mio. Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahresmonat betrug 50.000 Personen oder 2,1 %. Niedersachsen befindet sich damit im bundesweiten Vergleich auf Rang 1 der Flächenländer.
- Niedersachsen kann auf ein Wirtschaftswachstum zurückblicken, das seit 2005 stabil über der 2-Prozentmarke lag. Im mittelfristigen Vergleich von 2002 bis 2007 liegt Niedersachsen real mit 8 % im Vergleich der alten Bundesländer auf Platz 3.

Niedersachsen hat im letzten Jahr weiter Fahrt aufgenommen und sich sehr gut entwickelt. Vieles wirkt nachhaltig. Viele Erfolge werden von Dauer sein. Darauf können wir gemeinsam stolz sein.

Es zeigt sich: Wir haben vieles richtig gemacht und alle partizipieren an den gemeinsamen Erfolgen. Die Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung, die Steigerung von Wohn- und Kindergeld, die Erhöhung von Kinderfreibeträgen und Renten, aber auch die Tarifabschlüsse der letzten Monate mit Tariflohnsteigerungen von 3 – 4 % im Jahr 2009, der

Rückgang der Benzinpreise und die gesunkene Inflation: All dies führt dazu, dass die verfügbaren Einkommen in Deutschland in 2009 deutlich steigen!

Deutschland ist nicht mehr der kranke Mann in Europa. Nach einer neuesten Studie der EU-Kommission ist *„Deutschland die einzige große Euro-Volkswirtschaft, die kaum Probleme bei der Wettbewerbsfähigkeit aufweist.“* Die Bundesrepublik ist nach Einschätzung der EU-Ökonomen *„im Vergleich zu anderen Staaten der Euro-Zone heute wettbewerbsfähiger als in den frühen 90er Jahren.“*

Wir haben allen Grund, optimistisch zu sein. Niedersachsen ist die Heimat erfolgreicher Unternehmen:

Beispiel VW: Als diese Regierung im März 2003 die Amtsgeschäfte übernahm, hatte VW massive Probleme: Stichwort Luxuspolitik - Bugatti, Bentley, Lamborghini etc. Die VW-Kernprodukte waren keine „Volkswagen“ mehr. Wichtige energiesparende Technologien - Stichwort Hybrid – hatte man nicht konsequent genug verfolgt. Die Produktivität war zu niedrig, die Arbeitskosten zu hoch. Fast alle Kennzahlen waren schlechter als die der Wettbewerber.

Heute ist die Lage durch die Kooperation von Vorstand und Beschäftigten und durch unsere Mitwirkung um 180 Grad gewendet. VW hat Absatzrekorde erreicht und produzierte 2008 1,2 Mio. mehr Fahrzeuge als 2003. Im Vordergrund stehen jetzt Volumenmodelle und Spartechnologien. Das Unternehmen hat fast alle Wettbewerber überholt. Auch VW hat jetzt – trotz Marktanteilsgewinnen - Absatzverluste, aber bei Weitem nicht so stark wie die Konkurrenz. Die Arbeitsplätze bei VW sind – trotz Krise – heute sicherer als bei fast allen anderen Herstellern.

Beispiel Salzgitter: Keinem Stahlunternehmen geht es so gut wie der Salzgitter AG. Die Salzgitter AG hat während unserer Regierungszeit wichtige Zukäufe getätigt - zuletzt die Norddeutsche Affinerie. Das Unternehmen wird bis 2012 an den Standorten Peine, Salzgitter und Ilsenburg Investitionen im Umfang von 2 Mrd. € tätigen.

Beispiel NordLB: Gleich nach meiner Wahl im Jahr 2003 hatten der Finanzminister und ich uns mit den Folgen der Verluste von über 1 Mrd. Euro der NordLB bei der Bankgesellschaft Berlin zu beschäftigen. Davon ausgehend haben wir die Rolle der Sparkassen in Niedersachsen geklärt und das Sparkassengesetz novelliert. Wir haben das Verhältnis zu Sachsen-Anhalt neu geordnet, die Aktivitäten der NordLB im Ausland mit der norwegischen

öffentlich-rechtlichen Bank gebündelt und die Struktur der Landessparkasse zu Braunschweig als Anstalt in der Anstalt organisiert. Auch deshalb ist die NordLB heute deutlich besser aufgestellt als andere Landesbanken.

Beispiel Deutsche Messe AG: Die vierte und wichtige weitere Beteiligung ist noch nicht umfassend neu geordnet. Ich spreche von der Deutsche Messe AG. Hierüber wird mit der Landeshauptstadt Hannover zu reden sein, damit angesichts der Milliardensubventionen anderer Länder in ihre Messegesellschaften und angesichts des dadurch verschärften Wettbewerbs die Hannover Messe ihre führende Stellung behaupten kann.

Beispiel Continental: Conti ist ein wirtschaftlich und technologisch hervorragend aufgestelltes Unternehmen. Die Unklarheiten hinsichtlich der Finanzierung der Übernahme durch Scheffler sind - leider - eine unmittelbare Folge der Krisensituation an den Finanzmärkten. Wir verfolgen die Entwicklung mit Aufmerksamkeit und Sorge und sind mit allen Beteiligten in intensivem Kontakt. Das Land wird darauf bestehen, die Perspektiven der Standorte und Arbeitsplätze bei Conti in Niedersachsen zu sichern. Wir dürfen den Bruch oder die Aufweichung der Investorenvereinbarung ebenso wenig zulassen wie die Überwälzung der Schulden von Scheffler auf Conti.

Trotz aller Erfolge: Wir erleben seit einigen Monaten eine große Unsicherheit, Rat- und Hilflosigkeit. Die Menschen in Deutschland und auf der ganzen Welt machen sich Gedanken über ihre Zukunft, weil eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise immer mehr Spuren in ihrem Leben hinterlässt.

Es ist im letzten Jahr viel Vertrauen verloren gegangen:

- Vertrauen in die Stabilität unserer Wirtschafts- und Finanzordnung, aber auch in die soziale Marktwirtschaft, wenn Börsenkurse auf Talfahrt gehen, Arbeitsplätze in Gefahr geraten und Geldanlagen nicht mehr sicher sind,
- Vertrauen in die Managementelite, wenn der eigene Profit vor dem Wohl der Mitarbeiter und Kunden steht und Gewinnstreben um jeden Preis blind für Realitäten macht,
- Vertrauen in die Prognosen der Ökonomen, wenn noch im Sommer 2008 ein stabiles Wirtschaftswachstum für die kommenden Jahre prognostiziert wurde und heute unter den Konjunkturexperten ein Wettlauf der Pessimisten begonnen hat.

Angesichts dieses immensen Vertrauensverlustes im Zuge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise war es konsequent, dass die Landesregierung tatkräftig gehandelt und wichtige und richtige Maßnahmen schon sehr frühzeitig auf den Weg gebracht hat:

1. Wir haben uns gemeinsam mit dem Bund zur Stabilisierung des Bankensektors sehr schnell auf das Finanzmarktstabilisierungsgesetz geeinigt. Dabei war Niedersachsen treibende Kraft. Viele Vorschläge aus Niedersachsen wurden aufgegriffen. Ich habe mich in den Verhandlungen persönlich dafür eingesetzt, dass eine gerechte Beteiligung der Länder an dem Fonds gefunden wurde. Die Länder haften begrenzt für 7,7 Mrd. Euro. Dies könnte für Niedersachsen eine Belastung von bis zu 770 Mio. Euro bedeuten. Das ist viel, aber gemessen an den Herausforderungen vertretbar.
2. Gemeinsam mit Sachsen-Anhalt haben wir für die Nord/LB Garantien von insgesamt 20 Mrd. Euro in den Jahren 2009 und 2010 gegen Gebühr und Sicherung ermöglicht, damit die Nord/LB sich auf der Passivseite mit ausreichend Kapital versorgen kann, um für kleine und mittlere Unternehmen dauerhaft bezahlbare Kredite zur Verfügung zu stellen. Dieses Programm der Bundesländer Niedersachsen und Sachsen-Anhalt ist nur wegen der hervorragenden Position der NordLB und des gesicherten Eigenkapitals von 8% möglich.
3. Mit dem Haushaltsgesetz 2009 hat Niedersachsen den Bürgschaftsrahmen für gewerbliche Betriebe um 300 Mio. Euro auf gut 2,1 Mrd. Euro aufgestockt. Gleichzeitig haben wir bei der EU-Kommission erfolgreich um eine Veränderung des Beihilferahmens gekämpft. Jetzt können wir besser Bürgschaften an den Mittelstand vergeben.
4. Niedersachsen beteiligt sich aktiv am 15-Punkte-Programm der Bundesregierung. Für das Programm Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung werden wir im niedersächsischen Landeshaushalt in den nächsten drei Jahren rund 500 Mio. Euro zur Verfügung stellen. So schaffen wir wichtige konjunkturelle Anreize, wie beispielsweise die degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter in Höhe von 25 %, die auf zwei Jahre befristete Erweiterung der Sonderabschreibungen für KMU sowie die Verdoppelung der steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen.

Wir alle sind uns einig, dass dies noch nicht ausreicht. Deshalb möchte ich in vier Anmerkungen skizzieren, wie wir die Krise in Niedersachsen gemeinsam überwinden können:

1. Wir dürfen unsere Grundsätze nicht über Bord werfen

„Jede Schuld muss bezahlt werden.“

Das schreibt Wolfram Weimer zu Recht in einem Artikel der Zeitschrift Cicero (11/2008) im letzten Jahr zur Krise an den Finanzmärkten. Auch wenn wir alles tun, um die Krise zu bewältigen: unsere haushaltspolitische Vernunft werden wir nicht aufgeben.

Diese Landesregierung hat in den vergangenen Jahren die Finanzen des Landes Niedersachsen auf Vordermann gebracht:

- Wir haben die Nettokreditaufnahme innerhalb von 6 Jahren um 91,5 Prozent reduziert.
- Die Nettokreditaufnahme 2009 in Höhe von 250 Mio. Euro ist die niedrigste Nettokreditaufnahme seit 1963.
- Wir haben die Kreditfinanzierungsquote kontinuierlich abgesenkt. 2009 wird die Kreditfinanzierungsquote nur noch bei 1,0 Prozent liegen. Das ist die niedrigste Kreditfinanzierungsquote seit 1948.

Jetzt macht sich bezahlt, dass wir nicht mehr über unsere Verhältnisse leben!

„Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not.“ Jetzt kommt uns zugute, dass wir diesen Grundsatz konsequent eingehalten haben. Diese Erfolgsgeschichte werden wir fortschreiben:

Im Landeshaushalt 2009 stehen Investitionen im Mittelpunkt. Niedersachsen wird in diesem Jahr insgesamt rund 2,1 Mrd. Euro und damit 8,6 % der Gesamtausgaben vor allem in die Infrastruktur investieren: In den Straßenbau investieren wir 60 Mio. Euro. Die Mittel für den Hochbau belaufen sich auf insgesamt rd. 130 Mio. Euro. In unsere Häfen werden wir im in diesem Jahr rd. 368 Mio. Euro investieren. Für die Polizei und damit die Sicherheit unseres Landes investieren wir 34,5 Mio. Euro und in unsere Krankenhäuser 120 Mio. Euro. Und für den Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten um 11.000 Plätze für die unter Dreijährigen investieren wir 20 Mio. Euro. In den Krippenausbau fließen bis 2013 in Niedersachsen vom Bund 388 Mio. Euro, aus dem Land 462 Mio. Euro und von den Kommunen 440 Mio. Euro.

Das ist bereits ein gewaltiges Investitionsprogramm, das die Konjunktur in Niedersachsen beleben wird.

Dies alles ist nur möglich, weil wir in den vergangenen Jahren den Haushalt wieder auf eine tragfähige Grundlage gestellt und die Neuverschuldung drastisch gesenkt haben. Die ersparten Zinsen können wir jetzt investieren.

Wir lassen uns auch in schwierigen Zeiten daran messen, einen klugen Weg zu finden zwischen sparsamer Haushaltsführung auf der einen und notwendigen Investitionen in die Zukunft unseres Landes auf der anderen Seite.

Den Bund fordere ich auf, es Niedersachsen gleich zu tun. Haushaltssanierung erfordert Durchhaltevermögen. Die Bundesregierung hat unter Führung von CDU und CSU wichtige Schritte in die richtige Richtung gemacht. Aber die Bundesregierung darf jetzt das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes nicht aus dem Auge verlieren. Wir müssen die Neuverschuldung grundgesetzlich verbieten. Der Staat muss sich selber Zügel anlegen. Wer Geld ausgibt, was er gar nicht hat, täuscht Leistungsfähigkeit vor und verspielt die Chancen kommender Generationen.

Ich begrüße ausdrücklich, dass sich die Koalitionäre in Berlin am vergangenen Montag auch darauf verständigt haben, im Zuge der Föderalismusreform II eine Neuregelung zur Begrenzung der Nettokreditaufnahme ins Grundgesetz aufzunehmen. Daran führt kein Weg vorbei. Die Verschuldung der öffentlichen Hand muss zur Ausnahme werden!

Und wir sollten an der Senkung der Staatsquote festhalten. Die Erfolge der letzten Jahre beruhen nicht zuletzt darauf, dass wir die Staatsquote in Deutschland von 47 auf 43,9% zurückgeführt haben. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Wir haben das Vertrauen in die Wirtschaft, dass sie sich neu strukturiert und wettbewerbsfähiger wird. Und wir haben in den letzten Jahren nachdrücklich bestätigt bekommen, dass die Wirtschaft neue Arbeitsplätze schafft. Das war ein eindeutiges Signal dafür, dass die soziale Marktwirtschaft in Deutschland funktioniert!

2. Herausforderungen meistern – mit Vernunft und Augenmaß

Am Montag wurde in Berlin das größte Konjunkturpaket der Nachkriegszeit beschlossen. An diesem Konjunkturpaket wird sich Niedersachsen insgesamt mit über 600 Mio. Euro beteiligen. Danach soll unter anderem

1. bei der Einkommensteuer der Grundfreibetrag um 170 Euro von 7.664 Euro auf 7.834 Euro rückwirkend ab dem 1. Januar 2009 angehoben werden. Ab 2010 erfolgt eine weitere Anhebung des Grundfreibetrages um weitere 170 Euro auf dann 8.004 Euro.
2. Durch einen geänderten Tarifverlauf soll die „kalte Progression“ in zwei Stufen verringert und der Eingangssteuersatz bei den untersten Einkommen von 15 auf 14 Prozent gesenkt werden.
3. Arbeitnehmer und Rentner sollen ebenso wie Arbeitgeber durch eine Senkung des Beitragssatzes für die gesetzlichen Krankenkassen entlastet werden. Künftig soll der Beitragssatz bei 14,9 Prozent liegen, ein Minus von 0,6 Punkten.
4. Durch die hälftige Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge bei Kurzarbeit durch die Bundesagentur für Arbeit wird der Erhalt von Arbeitsplätzen in der aktuellen Krisenzeit erleichtert. Für Zeiten der Qualifizierung während der Kurzarbeit können den Arbeitgebern auf Antrag die vollen Sozialversicherungsbeiträge erstattet werden.
5. Jedes Kind soll einen einmaligen Bonus von 100 Euro erhalten. Diese Einmalzahlung wird bei der Einkommensteuerveranlagung für das Jahr 2009 mit den Kinderfreibeträgen verrechnet. Zugleich werden die abgeleiteten Regelsätze für Kinder im SGB II und SGB XII stärker differenziert. Für Kinder von 6 bis 13 Jahren soll die Förderung von 60 auf 70 Prozent des Eckregelsatzes mit Wirkung zum 1. Juli 2009 erhöht werden.
6. Künftig soll über das bereits laufende KfW-Sonderprogramm dem Mittelstand ein Bürgschaftsvolumen in Höhe von 100 Mrd. Euro zur Verfügung stehen. Die bisherigen Bedingungen sollen flexibilisiert werden, damit die Instrumente entsprechend in Anspruch genommen werden.
7. Um Investitionen zu beschleunigen, werden die Schwellenwerte für beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergaben verändert. Für Bauleistungen soll der Schwellenwert bei beschränkten Ausschreibungen bei 1 Mio. Euro liegen, bei freihändiger Vergabe bei 100.000 Euro. Für Dienst- und Lieferleistungen soll ein einheitlicher Wert von 100.000 Euro gelten.

8. Nach der befristeten Kfz-Steuerbefreiung, die im Zuge des ersten Konjunkturpakets beschlossen wurde, soll in einem zweiten Schritt die gegenwärtige Kfz-Steuer zum 1. Juli 2009 auf eine emissionsbezogene Kfz-Steuer umgestellt werden.
9. Neuwagenkäufer, deren Auto noch in diesem Jahr zugelassen wird, sollen eine „Umweltprämie“ von 2500 Euro erhalten, wenn sie ihr bisheriges, mindestens neun Jahre altes Fahrzeug verschrotten lassen und gleichzeitig einen umweltfreundlicheren Neu- oder Jahreswagen kaufen und zulassen. Auf meinen Vorschlag ist die Prämie in die Erfurter Erklärung aufgenommen worden.
10. Bis Mitte Februar 2009 will die Bundesregierung eine umfassende Breitbandstrategie vorlegen. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, bis Ende 2010 alle bislang nicht versorgten Gebiete mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen abzudecken.

Mit diesen Maßnahmen will die Bundesregierung konjunkturelle Anreize setzen. Aus niedersächsischer Sicht sage ich: Es ist richtig, dass die Bundesregierung jetzt entschlossen handelt. Es ist ebenso richtig, dass sie Maßnahmen in Erwägung zieht, die nur in Krisenzeiten in Frage kommen. Besondere Situationen erfordern besondere Maßnahmen.

Aber wir dürfen jetzt nicht überziehen. Vernunft und Augenmaß sind jetzt gefragt! Und damit meine ich nicht zuletzt ordnungspolitische Vernunft. „Viel hilft viel“ ist das falsche Rezept.

Politische Entscheidungen müssen langfristig wirken und sich langfristig auszahlen. Wir brauchen eine Steuerstrukturreform nach dem Prinzip: einfacher, niedriger, gerechter.

Ich sehe die Gefahr, dass wir uns den Spielraum für eine dringend notwendige große Steuerreform nehmen. Wir brauchen endlich eine Steuerreform aus einem Guss. Das wird eine der ganz großen Aufgaben nach der Bundestagswahl sein. Ich werde dann für eine Steuerreform kämpfen, die auch auf Konsolidierungserfolgen gründet und nicht auf Kosten der jungen Generationen geht.

3. Mit der Initiative Niedersachsen in die Zukunft investieren

Kernstück des zweiten Konjunkturprogramms ist ein historisch einmaliges Investitionspaket. Der Bund stellt insgesamt rund 14 Mrd. Euro zur Verfügung. Davon werden rund 4 Mrd. Euro für zusätzliche Bundesinvestitionen wie beispielsweise den Bau und Ausbau von Bundesfernstraßen eingesetzt. Allein 2 Mrd. Euro wird der Bund für den Ausbau und die Erneuerung von Bundesverkehrswegen einsetzen. In Niedersachsen gibt es eine Vielzahl

baureifer Projekte. Hier können wir sofort mit dem Bau beginnen. Gerade im Bereich der Hafenhinterlandverkehre gibt es einen Investitionsbedarf. Wir können die Mittel in Niedersachsen gut verwenden! Jetzt zeigt sich: Es war richtig, dass wir in Niedersachsen in ausreichendem Maße Verkehrsprojekte zur Baureife gebracht haben.

10 Mrd. Euro stehen den Ländern und Kommunen zur Verfügung. Angesichts der konjunkturellen Risiken auch für die niedersächsische Wirtschaft wird die Landesregierung eine „Initiative Niedersachsen“ auf den Weg bringen. Damit wollen wir in die Zukunft des Landes und der Kommunen investieren.

Dazu schlage ich Ihnen folgende Eckpunkte vor:

- In den nächsten zwei Jahren werden wir gemeinsam 1,2 Mrd. Euro investieren. 307 Mio. Euro wird das Land schultern. 920 Mio. Euro stellt der Bund zur Verfügung.
- Wir werden dafür sorgen, dass alle Kommunen beteiligt werden können. Im Gegenzug erwarte ich aber auch, dass sich alle Kommunen engagieren werden.
- 65 % der Mittel werden wir in Bildung investieren. Damit tragen wir den Notwendigkeiten zum Ausbau von Kindertagesstätten und Ganztagschulen und dem dringenden Investitionsbedarf bei den Hochschulen Rechnung. Wir setzen unsere bisherige Politik konsequent fort.
- 35 % stehen vor allem für die kommunale Infrastruktur zur Verfügung. Damit wollen wir insbesondere Gebäude energetisch sanieren und beispielsweise Krankenhäuser auf den modernsten Stand bringen.
- Voraussetzung für eine Förderung muss eine schnelle Umsetzbarkeit, Zielgenauigkeit und vor allem eine Nachhaltigkeit der Investition sein. Zuschüsse wird es vor allem für Investitionen geben, die Energie- und Betriebskosten reduzieren und sich somit mittel- bis langfristig rentieren.

Sinn und Zweck des Programms ist es, die Kommunen zu stärken, Aufträge für Handwerk und Mittelstand zu generieren und damit Arbeitsplätze für Niedersachsen zu sichern. Die Maßgabe für das Programm lautet: Das Land muss nachher besser dastehen als vorher. Danach richtet sich die Förderfähigkeit.

Dazu drei Beispiele:

Ganztagsschulen: Seit 2003 hat die Landesregierung 515 neue Ganztagsschulen in Niedersachsen genehmigt. Wir haben damit die Zahl der Ganztagsschulen von damals 155 auf heute 670 erhöht. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Mit Hilfe der Initiative Niedersachsen können wir jetzt Anträge der Schulträger genehmigen und bauliche Maßnahmen ermöglichen.

Frühkindliche Bildung: Ein politischer Schwerpunkt dieser Landesregierung ist die frühkindliche Bildung. Wir haben die finanziellen Rahmenbedingungen so verbessert, dass die Bereitschaft der Kommunen zum Ausbau der Krippenplätze erfreulich hoch ist. Um den für Niedersachsen ermittelten Bedarf von 62.000 Plätzen in den Krippen und der Tagespflege noch schneller zu decken, werden wir den Kommunen weitere Investitionsmittel zur Verfügung stellen.

Energetische Gebäudesanierung: Wir wissen, dass die Energieeffizienz in Niedersachsen weiter verbessert werden muss. Deshalb hat die Landesregierung gemeinsam mit den Unternehmensverbänden das Projekt „Transferzentren Energieeffizienz“ auf den Weg gebracht, um die Beratung von Betrieben vor Ort zu Fragen des Energiemanagements zu fördern.

Auch dieses Beispiel zeigt: Die Sanierungen verringern künftig CO₂-Emissionen, steigern die Energieeffizienz und entlasten dauerhaft die öffentlichen Haushalte durch geringere Betriebskosten.

Wir werden die Investitionen der öffentlichen Hand jetzt zügig umsetzen. Nur so werden die konjunkturellen Multiplikatoreffekte realisiert, die wir uns alle wünschen. Deswegen müssen wir alle Beschleunigungsmöglichkeiten im Rahmen des Vergaberechts ausnutzen.

Um die Umsetzung des Niedersächsischen Konjunkturprogramms vorzubereiten, werden wir nun die Gespräche mit den Kommunen abrunden, die ich persönlich vor Weihnachten geführt habe. Wir wollen einen Schulterschluss mit Kreisen, Städten und Gemeinden.

Die Landesregierung wird dafür Sorge tragen, dass alle Kommunen Chancen auf finanzielle Förderung ihrer zukunftsfähigen Projekte haben. Dies gilt vor allem für finanzschwache Kommunen. Wir streben daher eine Staffelung des Eigenanteils der Kommunen nach ihrer Steuerkraft an. Das heißt:

- Einnahmeschwache Kommunen zahlen einen geringeren Eigenanteil.
- Der im Rahmen dieses Programms anfallende Eigenanteil der Kommunen wird von der Kommunalaufsicht mitgetragen.
- Der Eigenanteil kann auch durch Private aufgebracht werden.
- Wir werden uns auf ein faires Verfahren verständigen. Die Mittel werden wir den Kommunen unbürokratisch und unverzüglich zur Verfügung stellen.

Wir haben uns in den vergangenen Wochen in Berlin für eine breite Verwendbarkeit der Mittel eingesetzt. Dazu muss auch die Breitbandversorgung im ländlichen Raum gehören. Es ist unser Ziel, durch die Schaffung einer hochwertigen Breitbandinfrastruktur die ländlichen Räume Niedersachsens in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Wir werden die digitale Kluft zwischen Städten und ländlichen Räumen reduzieren und damit einen Beitrag zur Angleichung der Lebensverhältnisse leisten.

4. Jeder muss seinen Teil beitragen

Jetzt geht es darum, die Krise gemeinsam zu bewältigen! Jeder muss seinen Teil dazu beitragen!

Banken, die für die Krise an den Finanzmärkten und die abflauende Konjunktur Verantwortung tragen. Sie müssen Kredite vergeben. Das ist ihr Job. Damit die Banken auch in Zeiten der Krise Kredite vergeben können, hat der Staat Bürgschaften und Garantien übernommen. Jetzt muss das Geld in Form von Krediten weitergereicht werden.

Vor wenigen Tagen hat eine Umfrage in der niedersächsischen Metallindustrie gezeigt, dass die Kreditversorgung nicht optimal ist. Hier sind die Banken gefordert. In der Krise müssen die Banken zum Mittelstand und ihren Kreditgarantien stehen. Die Unternehmen sind heute aufgrund von Umstrukturierungen und der Erhöhung ihrer Eigenkapitalquote krisenfester als noch vor einigen Jahren - im industriellen Mittelstand beträgt die Eigenkapitalquote nach einer aktuellen Studie mittlerweile 33 %. Es gibt für die Banken in der Regel keinen Grund lange und stabile Kundenbeziehungen kurzfristig in Frage zu stellen. Damit ist das Geschäft von morgen kaputt.

Unternehmerinnen und Unternehmer müssen ihren Teil dazu beisteuern, indem sie verantwortungsvoll gegenüber ihren Mitarbeitern handeln. Sie müssen erkennen, wie

wertvoll das Know-how ihrer Belegschaft ist und sollen ihre Mitarbeiter nicht voreilig kündigen. Wir werden darauf achten, dass in diesen stürmischen Zeiten niemand ohne Grund über Bord geht. Die Arbeitnehmer haben im letzten Jahr durch maßvolle Tarifabschlüsse einen wichtigen Beitrag zum wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands und Niedersachsens geleistet.

Bund, Länder und Kommunen müssen dafür sorgen, dass das Notwendige getan wird. Die Bundesregierung muss den Rahmen schaffen. Wir werden alles dafür tun, dass das Konjunkturprogramm in Niedersachsen und darüber hinaus nachhaltige Wirkung entfalten wird.

Denn die Schönwetterperiode mit steigenden Wachstumsraten, sinkender Arbeitslosigkeit und sprudelnden Steuereinnahmen ist vorerst unterbrochen.

Wir sind darauf eingestellt: Der Wind wird in den nächsten Monaten rau bleiben. Doch wir sind gut vorbereitet. Wir sind zuversichtlich: Niedersachsen hat alle Chancen, diese Krise gut zu meistern,

- weil wir einen robusten Arbeitsmarkt haben mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit 16 Jahren und gut ausgebildeten, leistungsbereiten und fleißigen Menschen,
- weil wir wirtschaftlich gut aufgestellt sind - mit einem gesunden Mix aus Großunternehmen und Mittelstand, aus Handwerkern, Landwirten und freien Berufen, aus Dienstleistern und Industrie
- und weil wir mit der Haushaltskonsolidierung in guten Jahren Vorsorge für schlechte Jahre getroffen haben.

Deswegen wird unser Land gestärkt aus der Krise hervorgehen können! Mit Kraft und Vertrauen werden wir die Herausforderungen der nächsten Monate meistern.

Sie alle sind eingeladen, an einer gemeinsamen Strategie für die Zukunft Niedersachsens mitzuwirken. Niedersachsen wird danach stärker sein als vor der Krise. Davon bin ich überzeugt.